

Newsletter

III/2014

*Liebe Kolleginnen und Kollegen
Sehr geehrte Damen und Herren*

Als wir die parlamentarische Gruppe Bildung, Forschung und Innovation PG BFI vor rund zwei Jahren ins Leben riefen, konnten wir nicht wissen, wie kontrovers und zentral unsere Themen werden würden. Heute stehen Verhandlungen mit der EU über die Fortsetzung der europäischen Forschungszusammenarbeit und die künftigen Beziehungen der Schweiz zu Europa an – und ganz besonders wird es dabei darum gehen, ob und wie die Schweiz inskünftig über genügend (spezialisierte) Arbeitskräfte verfügt. Schliesslich wird sich das Parlament bald mit der nächsten Botschaft zu Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Botschaft 2017 - 2020) zu befassen haben.

Deshalb freut es mich ausserordentlich, welch grosses Interesse Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, uns und den Veranstaltungen der PG BFI entgegen bringen.

In der Herbst-Session warten wir mit einer besonderen Veranstaltung auf: Gemeinsam mit dem NETZWERK Future, welches von Ständerat Felix Gutzwiller präsiert wird, laden wir Sie dazu ein, den seit Juni 2014 bekannten Umsetzungsvorschlag für die Masseneinwanderungsinitiative mit dem Direktor des zuständigen Bundesamtes vertieft zu analysieren und zu diskutieren: Herr Mario Gattiker, Direktor des Bundesamtes für Migration BFM, wird Ihnen persönlich darlegen, welche Überlegungen hinter dem bundesrätlichen Vorschlag stecken. Gemeinsam mit Fachleuten aus Industrie und Forschung wird er erläutern, welche Schwierigkeiten in den anstehenden Verhandlungen und im politischen Prozess zu bewältigen sind.

*Seien Sie am **Donnerstag, 25. September 2014 im Hotel Bellevue Palace** unser Gast – wir freuen uns auf Sie (Anmeldung: info@pgbfi.ch).*

Die PG BFI engagiert sich für einen attraktiven Forschungsplatz Schweiz, welcher interessante Arbeitsplätze für in- und ausländische Fachkräfte bietet und der (auch weiterhin) als Innovationsmotor für die Schweiz dient. Nur so können Forschung und Innovation ihre Leistungen zum Wohle aller erbringen.

*Ihr Gerhard Pfister, Nationalrat
Präsident PG BFI*

Im Fokus

Umsetzung Masseneinwanderungsinitiative, Fachkräfte für Forschung und Industrie

Die neue Verfassungsnorm verlangt eine Kontrolle der Zuwanderung bei gleichzeitiger Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen der Schweiz. Das vom Bundesrat vorgeschlagene Konzept zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative nützt aus Sicht der forschenden Industrie den möglichen Spielraum der Initiative zu wenig aus. So will der Bundesrat die Zahl der Grenzgängerinnen und Grenzgänger und auch die Zahl der Kurzaufenthalter unter einem Jahr kontingentieren, obwohl hier

keine Zuwanderung in die ständige Wohnbevölkerung erfolgt. Diese rigide Umsetzung wird dem Verfassungsauftrag nicht gerecht, die gesamtwirtschaftlichen Interessen der Schweiz zu berücksichtigen. Damit eine Lösung im Interesse des Standortes Schweiz gefunden werden kann, die auch den Erhalt der bilateralen Verträge sichert, ist die bundesrätliche Vorlage vom Parlament zu verbessern. Die Beratungen dazu werden, nach Vorlage der Botschaft, im nächsten Jahr beginnen.

Personenfreizügigkeit, wie weiter?

Sicher ist heute: Bundesrat und Parlament müssen gemeinsam einen tauglichen Vorschlag ausarbeiten, wie der bilaterale Weg aufrechterhalten, die Zuwanderung gedrosselt und das Personenfreizügigkeitsabkommen erhalten werden kann. Es bestehen also (Ziel-)Konflikte zwischen dem Auftrag zur Umsetzung der neuen Verfassungsbestimmung und den bisher angesagten europapolitischen Zielen der Schweiz.

Im Bereich der PG BFI-Fragen, resp. im Interesse der forschenden Wirtschaft – ist rasch alles Mögliche gegen den herrschenden und sich verschärfenden Fachkräftemangel zu unternehmen. Die notwendige bessere Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials ist aber erstens nicht leicht zu bewerkstelligen – und wird zweitens die Bedürfnisse insbesondere der forschenden internationalen Unternehmen in der Schweiz nicht decken können.

Das vom Bundesrat im Juni vorgestellte Konzept wirft viele Fragen auf. Etwa: Wie soll sich die Wirtschaft mit genügend qualifizierten Arbeitskräften aus der EU (und aus Drittstaaten) eindecken? Wie wird der Vorrang bei der Zulassung von Erwerbstätigen umgesetzt? Soll er für Schweizerinnen und Schweizer gelten oder auch für bereits anwesende Ausländerinnen und Ausländer? Sollen für Angehörige der EU-/EFTA-Staaten (oder ggf. weiterer Staaten) andere Zulassungsvoraussetzungen gelten als für Angehörige von Drittstaaten (z.B. bei der notwendigen beruflichen Qualifikation)?

BFM-Direktor **Mario Gattiker**, Prof. Dr. **Lino Guzzella**, des. Präsident ETH Zürich, und **Silvio Ponti**, stv. Konzernleiter SIKA AG, werden Ihnen am 25. September 2014 aus Sicht der Forschung und Industrie darlegen, wie der Spagat zwischen Verfassungsbestimmung und tatsächlichen Bedürfnissen der Wirtschaft zu bewältigen wäre.

Ich brauche Sie nicht daran zu erinnern, dass mit der Ecopop-Initiative, über die wir im November 2014 abstimmen werden, ein Entscheid ansteht, der unsere wirtschaftliche und politische Handlungsfähigkeit und damit unsere Zukunftsaussichten empfindlich schwächen könnte.

Im Folgenden weisen wir Sie auf Vorstösse hin, welche demnächst auf die Agenda kommen oder die in der laufenden Herbstsession im National- und im Ständerat diskutiert werden.

Im Parlament

Botschaft zu Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Botschaft 2017-2020)

Wir werden uns ab Dezember 2014 verstärkt mit der nächsten Botschaft zu Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Botschaft) befassen, welche den Zahlungsrahmen für die Jahren 2017 bis 2020 vorgeben wird. Die grundsätzliche Stossrichtung muss hier bleiben: Es braucht ein *zusätzliches* Wachstum bei den Mitteln für diese Bereiche. Es braucht eine stete, jährlich stattfindende und gesicherte

Erhöhung der BFI-Mittel. Der Schwerpunkt dieser Mittelzusage soll im MINT-Bereich liegen. Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann betonte im August, die BFI-Politik der kommenden Jahre solle «der Kontinuität» verpflichtet sein, wobei nationale Konkurrenz und Wettbewerbs aufrecht zu erhalten seien. Wenn der Bundesrat sein Ziel, «die Schweiz hält weiterhin ihren Spitzenplatz in Bildung, Forschung und Innovation» in der heutigen Ausgangslage erhalten will, sind nun deutliche Anstrengungen und entsprechende Prioritätensetzung nötig.

Ecopop-Initiative: «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen», 13.086 Volksinitiative (NR)

Die Ecopop-Initiative verlangt, dass die Schweiz eine Einwohnerzahl auf einem Niveau anstrebt, «auf dem die natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft sichergestellt sind»; zugleich soll sie «dieses Ziel auch in anderen Ländern, namentlich im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit» unterstützen. Bundesrat, Nationalrat und Ständerat und lehnen das Vorhaben deutlich ab. Es ist nun an uns allen, in den Regionen und Kantonen vor der Volksabstimmung vom 30. November zu informieren und im Gespräch mit unseren Wählerinnen und Wähler darauf hin zu weisen, wie sehr ein solches Ansinnen volkswirtschaftlich und gesamtgesellschaftlich schaden würde – zumal die Initianten Ziele anstreben, welche der Initiativtext nicht abbildet: Die Beschränkung der Zuwanderung auf rund 16 000 Zuwanderer pro Jahr hat nichts mit den natürlichen Lebensgrundlagen der Schweiz zu tun – und ebenso wenig mit möglichen Familienplanungsmassnahmen in beispielsweise afrikanischen Staaten.

Massnahmen zur Linderung des Fachkräftemangels (div. Interpellationen, Postulate, Motionen)

Der Bundesrat hat bis Juni 2014 zu einem halben Dutzend entsprechender Vorstösse Stellung genommen. Angesichts der durch die Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative entstandene neue Situation sind Massnahmen nötig - welche der Bundesrat teilweise auch von sich aus plant. Die bis anhin geplante Überprüfung der Fachkräfteinitiative und darin vorgesehenen Massnahmen reichen nun bei weitem nicht aus. Dies ist bei der Diskussion der relevanten Vorstösse - und bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative - in Betracht zu ziehen: Es braucht kluge und praktikable Vorschläge, um der Schweizer Wirtschaft genügend Fachkräfte zuzuführen.

Innovationsparks sind privat zu finanzieren

Mit dem neuen Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz (FIG) wurden die rechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung eines Innovationsparkes Schweiz an mehreren Standorten geschaffen. Sinnvollerweise wird der Bund nur subsidiär aktiv und übernimmt keine operationelle und finanzielle Verantwortung für den Nationalen Innovationspark. Somit muss die Finanzierung des Nationalen Innovationsparks privatwirtschaftlich gesichert werden. Die Konferenz der kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren (VDK) hat einstimmig das Umsetzungskonzept des nationalen Innovationsparks mit zwei Netzwerkstandorten im Kanton Aargau sowie in der Nordwestschweiz (Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Jura) verabschiedet. Diese sollen die Hubstandorte um die beiden ETH (Zürich und Lausanne) ergänzen. Innovationsparks können einen Beitrag leisten, die stete Erneuerung und der Austausch praktikabler, kreativer und neuer Ideen soll aber grundsätzlich in Händen der Unternehmen und in der Verantwortung von deren Netzwerk mit der Forschung bleiben.

Sessionsanlass PG BFI, Donnerstag 25. September 2014

«Zukunft Zuwanderung: Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative»

Wir freuen uns, Sie am **Donnerstag, 25. September 2014** (ab 12.30 Lunch, Hotel Bellevue Palace, Salon «Münz» / Referat 13.15 Uhr), zu unserem Networking-Lunch einladen zu dürfen. Die PG BFI führt diesen Anlass gemeinsam mit dem NETZWERK Future durch – Fachreferent und Fachleute aus Forschung und Industrie diskutieren mit Ihnen die Umsetzungsszenarien der Masseneinwanderungsinitiative.

Gerne nehmen wir Ihre Anmeldung entgegen: info@pgbfi.ch

Programm

Ab 12.30	Apéro und Lunch
13.15	Begrüssung, Einführung und Moderation durch Nationalrat Gerhard Pfister , Präsident der parlamentarischen Gruppe Bildung, Forschung und Innovation PG BFI Ständerat Felix Gutzwiller , Präsident des Politikerteams des Netzwerk FUTURE
13.20	Referat Mario Gattiker Direktor Bundesamt für Migration, EJPD <i>«Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative»</i>
13.40	Moderierte Fachdiskussion Prof. Dr. Lino Guzzella , des. Präsident ETH Zürich Silvio Ponti , Stv. Konzernleiter SIKA AG
anschliessend	Diskussion und Fragen
14.30	Ausklang

Sind Sie Interessiert an mehr Informationen zu diesen Themen? Sind Sie noch nicht Mitglied der PG BFI? Dann wenden Sie sich an:

Parlamentarische Gruppe für Bildung, Forschung und Innovation PG BFI

Nordstrasse 15 - Postfach

CH-8021 Zürich

Telefon +41 44 368 17 11

Telefax +41 44 368 17 70

E-Mail info@pgbfi.ch

Internet www.pgbfi.ch